

## RzF - 7 - zu § 17 Abs. 1 FlurbG

1. Eine Teilnehmergeinschaft kann Adressat eines Bescheides über den Rückbau einer Kreuzung sein.
2. § 17 Abs.1 S.2 FlurbG ist als Ermächtigungsgrundlage für die Flurbereinigungsbehörde für all die Fälle zu verstehen, in denen die Teilnehmergeinschaft sich nicht im Einklang mit den Regelungen des Flurbereinigungsgesetzes verhält. Dies schließt den Fall mit ein, dass gemeinschaftliche Anlagen in nicht genehmigungskonformer Weise durch die Teilnehmergeinschaft errichtet werden.

Flurbereinigungsgericht Bautzen, Urteil vom 15.04.2016 - F 7 C 13/14. F

*Aus den Gründen:*

Die Klage ist unbegründet.

Der angefochtene Bescheid ist rechtmäßig, die Klägerin wird durch diesen nicht in ihren Rechten verletzt (§ 138 Abs. 1 FlurbG, § 113 Abs. 1, § 114 Satz 1 VwGO). Der vom Beklagten verfügte Rückbau wurde zu Recht gegen die Klägerin gerichtet und ist auch nach § 17 Abs.1 Satz 2 FlurbG rechtmäßig, da sie nach § 18 Abs.1 Satz 1 FlurbG die gemeinschaftlichen Aufgaben der Teilnehmer wahrzunehmen hat; daran ändert nichts, dass sie nach § 26 a Abs.1 Satz 1 FlurbG dem Zusammenschluss mehrerer Teilnehmergeinschaften beigetreten ist.

Die Klägerin ist richtige Adressatin des angefochten Bescheids.

Nach § 18 Abs.1 Satz 1 FlurbG nimmt die Teilnehmergeinschaft die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Teilnehmer wahr. Sie hat gem. § 18 Abs.1 Satz 2 FlurbG die gemeinschaftlichen Anlagen herzustellen und zu unterhalten. Sie hat deshalb grundsätzlich die gemeinschaftlichen Anlagen herzustellen und bis zur Übergabe an die Unterhaltungspflichtigen zu unterhalten, soweit nicht gesetzliche Vorschriften anderes bestimmen.

Soweit die Klägerin gem. § 26 a Abs.1 Satz 1 FlurbG dem Zusammenschluss mehrerer Teilnehmergeinschaften beigetreten ist, führt dies zu keiner anderen Beurteilung. Der Verband tritt nämlich gemäß § 26 a Abs.1 Satz 2 FlurbG nur nach Maßgabe seiner Satzung an die Stelle der einzelnen Teilnehmergeinschaften. Abzustellen ist damit auf die Satzung des Verbandes für Ländliche Neuordnung S. vom 6. April 2011 in der Fassung der 1.Änderungssatzung vom 3. April 2012. Gemäß § 2 Abs. 1 dieser Satzung dient der Verband der gemeinsamen Erledigung von Aufgaben, die seinen Mitgliedern nach § 18 FlurbG i. V. m. § 2 AGFlurbG obliegen. Er übernimmt gemäß § 2 Abs. 2 c) der Satzung für seine Mitglieder die Herstellung sowie Unterhaltung der gemeinschaftlichen Anlagen, soweit nichts anderes bestimmt ist (§ 18 Abs.1 Satz 1 FlurbG). Diese Regelung ist deshalb dahin zu verstehen, dass der Verband für Ländliche Neuordnung S. für die Klägerin die gemeinschaftlichen Anlagen herstellt. Er wird damit aber weder zum Bauherrn noch Verpflichteten in Bezug auf die Nebenbestimmungen der Plangenehmigung, sondern ihm obliegt allein die Durchführung

der Maßnahmen. Diese Auffassung wird vorliegend bestätigt durch die von der Klägerin in Anknüpfung an Nr. 9 der Nebenbestimmungen der Plangenehmigung für die 5. Änderung des Wege- und Gewässerplans, der einen Plan nach § 41 FlurbG darstellt, geschlossenen Kreuzungsvereinbarung vom 15./17. November sowie 5. Dezember 2011 (§ 54 VwVfG). Beteiligte dieser Vereinbarung sind die Bundesrepublik Deutschland als Straßenbaulastträger, die Stadt M., die Klägerin und der Verband für Ländliche Neuordnung. Gemäß § 4 Abs. 1 Vereinbarung führt die Klägerin die Baumaßnahme im Einvernehmen mit der Straßenbauverwaltung durch. Der Verband für Ländliche Neuordnung S. ist danach für die Bauvorbereitung, Bauleitung und örtliche Bauüberwachung sowie für die für den Bau erforderlichen Vermessungs- und Absteckarbeiten, für die Verkehrssicherung während der Bauzeit, die Abrechnung der Baumaßnahme und die Vertragsabwicklung zuständig (§ 4 Abs. 3 Vereinbarung), so dass der Verband - lediglich - Auftragnehmer der Klägerin zur Durchführung der Maßnahme ist. Letzteres wird auch dadurch deutlich, dass die Abnahme der Bauteile, die in die Baulast des Bundes übergehen, der Klägerin oblag (§ 5 der Vereinbarung). Das Verhältnis der Klägerin zum Verband für Ländliche Neuordnung S. unterscheidet sich deshalb nicht von dem üblichen Verhältnis eines Bauherrn zur Durchführung seines Vorhabens zu dem von ihm beauftragten Bauunternehmen. Dies steht in Übereinstimmung mit der Ausschreibung des Bauvorhabens durch die Klägerin und mit der Auftragserteilung für das Vorhaben durch die Klägerin.

Ermächtigungsgrundlage für die der Klägerin aufgegebenen Maßnahmen ist § 17 Abs. 1 FlurbG i. V. m. Nr. 9 der Nebenbestimmungen der Plangenehmigung für die 5. Änderung des Wege- und Gewässerplans (§ 41 Abs. 1 und 5 FlurbG) und der Kreuzungsvereinbarung (§ 54 VwVfG).

Nach § 17 Abs. 1 Satz 1 FlurbG steht die Teilnehmergeinschaft unter der Aufsicht der Flurbereinigungsbehörde. Durch diese ist sicherzustellen, dass die Teilnehmergeinschaft im Einklang mit dem Zweck dieses Gesetzes handelt (§ 17 Abs. 1 Satz 2 FlurbG). Wie § 137 Abs. 2 FlurbG zeigt, geht das Flurbereinigungsgesetz davon aus, dass die Flurbereinigungsbehörde gegenüber der Teilnehmergeinschaft vollstreckbare Verwaltungsakte erlassen kann, indem es für den Fall der Zuwiderhandlung der Aufsichtsbehörde die Befugnis zuspricht, die in den §§ 10 und 12 VwVG genannten Zwangsmittel gegenüber der Teilnehmergeinschaft anwenden zu dürfen. Davon ausgehend ist § 17 Abs. 1 Satz 2 FlurbG als Ermächtigungsgrundlage für die Flurbereinigungsbehörde für all die Fälle zu verstehen, in denen die Teilnehmergeinschaft sich nicht im Einklang mit den Regelungen des Flurbereinigungsgesetzes verhält. Dies schließt den hier vorliegenden Fall mit ein, dass gemeinschaftliche Anlagen in nicht genehmigungskonformer Weise, d. h. der Plangenehmigung und Kreuzungsvereinbarung entgegen, durch die Teilnehmergeinschaft errichtet werden (vgl. Senatsbeschl. v. 7. April 2014 a. a. O.).

Das Einschreiten auf der Grundlage von § 17 Abs. 1 Satz 2 FlurbG durch den Beklagten ist auch bei Berücksichtigung der allgemeinen rechtsstaatlichen Grundsätze, insbesondere des Verhältnismäßigkeitsprinzips, nicht zu beanstanden (§ 138 Abs. 1 Satz 2 FlurbG, § 114 Satz 1 VwGO). Denn der errichtete Kreuzungsausbaue ist nicht nur aufgrund seiner nicht genehmigungskonformen Herstellung formell illegal, sondern auch materiell rechtswidrig (vgl. SächsOVG, Urt. v. 22. März 2013 – 1 A 518/12 - UA Rn. 21 ff.). Soweit der Senat im Beschluss vom 7. Januar 2014 noch davon ausgegangen ist, dass der Ausgangsbescheid zur materiellen Rechtswidrigkeit des tatsächlichen Ausbaus undeutlich bleibe, lässt sich der Begründung des Widerspruchsbescheids vom 14. April 2014 in Verbindung mit dem dort in Bezug genommenen Schreiben des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr vom 3. März 2014 entnehmen, dass der Ausbau den Anforderungen an einen verkehrssicheren Straßen- und Wegeausbau nicht genügt, wonach ein verkehrssicherer Knotenpunkt eine rechtwinklige Achsanbindung des ländlichen Wegs, eine kleine Eckausrundung und einen nur schmalen Anbindungsbereich erfordere. Die unter Bezugnahme auf die Richtlinien für den ländlichen

Wegebau sowie für die Anlage von Landstraßen Erläuterungen sind nachvollziehbar und erläutern anschaulich und widerspruchsfrei, dass die Breite der Straße 19,60 m - anstatt 13 m - ein schiefwinkliges Aufstellen der Straßenteilnehmer befördern. Für einen schiefstehenden wartepflichtigen Verkehrsteilnehmer sei eine ausreichende Sicht nach links in Bezug auf den Straßenverkehr auf der Bundesstraße nicht gegeben. Fahrversuche am 11. April 2013 hätten gezeigt, dass insbesondere auch nicht ein größerer Eckausrundungsradius erforderlich sei. Des Weiteren sei bei einem schiefwinkligen Aufstellen auf dem untergeordneten ländlichen Weg, ein Teil der Fahrspur für einfahrende Fahrzeuge nicht freigehalten.

Unter Zugrundelegung der Maßgabe, dass ein sicheres Führen der Verkehrsströme nach der RAL 2012 zu gewährleisten, insbesondere eine rechtwinklige und schmale Anbindung erforderlich ist, hier jedoch über 6,5 m breiter gebaut als in dem öffentlich-rechtlichen Vertrag (§ 2) als Bestandteil der Plangenehmigung vereinbart worden ist, sind die mit dem angefochtenen Bescheid aufgegebenen Maßnahmen nicht zu beanstanden.

Schließlich ist auch der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet worden, da der Klägerin nicht nur ausreichend Zeit für den Rückbau, sondern ihr daneben auch alternativ die Möglichkeit eingeräumt worden ist, andere Maßnahmen zur Beseitigung der Gefährdung zu ergreifen.